

Preussische Gesetzsammlung

1933

Ausgegeben zu Berlin, den 13. November 1933

Nr. 71

Tag	Inhalt:	Seite
11. 11. 33.	Gesetz über Neuernennung der Beisitzer bei den Pachteinigungsämtern	401
12. 11. 33.	Gesetz zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung landschaftlicher (ritterschaftlicher) Kreditinstitute	401
Bekanntmachung der nach dem Gesetze vom 10. April 1872 durch die Regierungsamtsblätter veröffentlichten Erlasse, Urkunden usw.		402

(Nr. 14026). Gesetz über Neuernennung der Beisitzer bei den Pachteinigungsämtern. Vom 11. November 1933.

Das Staatsministerium hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1.

(1) Die Beisitzer bei den Pachteinigungsämtern, auch diejenigen bei den Berufungskammern, sind unter Anwendung der Vorschriften der Preussischen Pachtordnung vom 19. September 1927 (Gesetzsamml. S. 177) in der Fassung der Verordnung vom 23. August 1932 (Gesetzsamml. S. 293) unverzüglich neu zu ernennen.

(2) Die Amtszeit der derzeitigen Beisitzer bei den Pachteinigungsämtern und den Berufungskammern endet zwei Wochen nach Eingang der vom Oberpräsidenten vollzogenen neuen Beisitzerlisten; mit diesem Zeitpunkte werden die bisher bei den Pachteinigungsämtern und den Landgerichten geführten Listen ungültig.

§ 2.

Dieses Gesetz tritt mit dem auf die Verkündung folgenden Tage in Kraft.

Berlin, den 11. November 1933.

(Siegel.)

Das Preussische Staatsministerium.

Göring.

Darré.

Das vorstehende, vom Preussischen Staatsministerium beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet.

Berlin, den 11. November 1933.

Für den Reichkanzler:

Der Preussische Ministerpräsident.

Göring.

2. Ges. - Samm. Nr. 55 1933 + 1. 409
3. " " " " 1935 " 65

(Nr. 14027.) Gesetz zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung landschaftlicher (ritterschaftlicher) Kreditinstitute. Vom 12. November 1933.

Das Staatsministerium hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel I.

§ 1.

Die Schlesienschen Fürstentumslandschaften und die Bezirke der Pommerischen Landschaft werden als selbständige Korporationen des öffentlichen Rechtes aufgehoben. Den Zeitpunkt der Aufhebung bestimmen der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten und der Minister für Wirtschaft und Arbeit.

§ 2.

(1) Das Vermögen der Schlesienschen Fürstentumslandschaften geht mit der Aufhebung auf die Schlesiensche Landschaft, das Vermögen der Bezirke der Pommerischen Landschaft geht mit der Aufhebung auf die Pommerische Landschaft über.

(2) Die Aufgaben der Schlesiſchen Fürſtentumskollegien gehen auf die Schleiſche General-landschaftsdiſtriktion, diejenigen der Bezirksdiſtriktionen der Pommerſchen Landſchaft auf die Pommerſche Generallandschaftsdiſtriktion über.

§ 3.

Die Errichtung und Unterhaltung von Zweigniederlaſſungen (Geſchäftsſtellen) innerhalb des Geſchäftsbereichs der Schleiſchen Landſchaft und der Pommerſchen Landſchaft bedarf der Genehmigung des Miniſters für Landwirtſchaft, Domänen und Forſten und des Miniſters für Wiſtſchaft und Arbeit.

§ 4.

Die zur Durchführung notwendigen Anordnungen trifft die Generallandschaftsdiſtriktion mit Zuſtimmung des Miniſters für Landwirtſchaft, Domänen und Forſten und des Miniſters für Wiſtſchaft und Arbeit. Bis zur Neuordnung der Engeren Auſſchüſſe bleiben deren biſherige Mitglieder im Amte.

Artikel II.

Zur Durchführung der Reorganisation der landschaftlichen (ritterſchaftlichen) Kreditinstitute werden deren oberſte Verwaltungsorgane ermächtigt, die notwendigen Satzungsänderungen zu beſchließen. Die Beſchlüſſe bedürfen der Genehmigung des Preußiſchen Staatsminiſteriums.

Der Miniſter für Landwirtſchaft, Domänen und Forſten und der Miniſter für Wiſtſchaft und Arbeit beſtimmen, wann dieſe Vorſchrift außer Kraft tritt.

Artikel III.

Dieſes Geſetz tritt mit dem auf die Verkündung folgenden Tage in Kraft.

Berlin, den 12. November 1933.

(Siegel.)

Das Preußiſche Staatsminiſterium.

G ö r i n g.

S c h m i t t

zugleich für den Miniſter für
Landwirtſchaft, Domänen und Forſten.

Das vorſtehende, vom Preußiſchen Staatsminiſterium beſchloſſene Geſetz wird hiermit verkündet.

Berlin, den 12. November 1933.

Für den Reichſtanzler:

Der Preußiſche Miniſterpräſident.

G ö r i n g.

Bekanntmachung.

Nach Vorſchrift des Geſetzes vom 10. April 1872 (Geſetzſamml. S. 357) ſind bekanntgemacht:

1. der Erlaß des Preußiſchen Staatsminiſteriums vom 20. Juni 1933

über die Änderung der Genehmigungsurkunde der Schipkau-Finſterwalder Eiſenbahngeſellſchaft vom 16. Dezember 1885

durch die Amtsblätter der Regierung in Frankfurt (Oder) Nr. 44 S. 267, ausgegeben am 28. Oktober 1933, und der Regierung in Merſeburg Nr. 42 S. 172, ausgegeben am 21. Oktober 1933;

2. der Erlaß des Preußiſchen Staatsminiſteriums vom 5. Oktober 1933

über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Kleinbahn Aktiengeſellſchaft Granſee-Neugloſow in Berlin für die Herſtellung und den Betrieb einer nebenbahnähnlichen Kleinbahn vom Reichsbahnhof Granſee nach Neugloſow mit Abzweigung von Schulzen-
dorf nach Lindow

durch das Amtsblatt der Regierung in Potsdam Nr. 50 S. 299, ausgegeben am 4. November 1933.

Herausgegeben vom Preußiſchen Staatsminiſterium. — Druck: Preußiſche Druckerei und Verlags-Aktiengeſellſchaft Berlin,

Verlag: R. von Decker's Verlag, G. Schend, Berlin W. 9, Linſiraße 35. (Poſtſcheckkonto Berlin 9059.)

Den lau'tenden Bezug der Preußiſchen Geſetzſammlung vermitteln nur die Poſtanſtalten (Bezugspreis 1,— RM vierteljährlich); einzelne Nummern und Jahrgänge (auch ältere) können unmittelbar vom Verlag und durch den Buchhandel bezogen werden. Preis für den achtheiligen Bogen oder den Bogenteil 20 Pf., bei größeren Beſtellungen 10—40 v. G. Preisermäßigung.